

Pressemitteilung

## **Deutsche Pflege kritisiert Ärztestreik als ungerechtfertigt und unsolidarisch**

**DBfK wendet sich gegen den Streikaufruf des Marburger Bundes  
und überzogene Forderungen der Ärzteschaft**

Berlin, den 26. Juni 2006

Der führende deutsche Berufsverband für Pflege, der DBfK, hat heute in Berlin den Streikaufruf des Marburger Bundes an die Ärzteschaft an kommunalen Kliniken scharf verurteilt und als ungerechtfertigt und unsolidarisch kritisiert. „Die Forderungen des Marburger Bundes, den Tarifabschluss der Unikliniken auf kommunale Krankenhäuser zu übertragen, sind in keiner Weise gerechtfertigt, weil die Ausgangsbedingungen völlig anders sind“, so DBfK-Bundesgeschäftsführer Franz Wagner, „es gibt hier im Gegensatz zu den Unikliniken einen Tarifvertrag. Nach diesem Tarifvertrag erhalten Berufsanfänger nach einem Medizinstudium ein Gehalt, das deutlich über dem anderer akademischer Berufe liegt.“ Der Ärztestreik setze sich nicht für das Wohl der Patienten und aller im Krankenhausbetrieb tätigen Menschen ein, sondern ausschließlich für die unmittelbaren Interessen der Ärzte selbst.

Erschreckend an der Argumentation der Ärzteschaft sei, so Wagner weiter, dass diese die eigentlichen Ursachen der Probleme nicht sehen wollten, da sie teilweise selbst von der Ärzteschaft zu verantworten seien: So hätten die unverantwortlichen Arbeitszeiten schon lange geändert werden können, wenn sich die Ärzteschaft u.a. mit sinnvollen Schichtarbeitsmodellen auseinandergesetzt hätte

Angesichts der Finanzsituation der öffentlichen Haushalte, insbesondere der Kommunen, bedeutet jede Mehrausgabe eine Streichung an anderer Stelle, so dass bei einem Erfolg des neuerlichen Ärztestreiks wichtige Stellen in anderen Krankenhausbereichen wegfallen dürften – zum Nachteil der Patienten. Eine ärztliche Unterversorgung droht nach Auffassung des DBfK gleichwohl nicht, da Deutschland eine der höchsten Arztdichten der Welt hat: Seit 1993 ist die Zahl von Ärzten in Deutschland deutlich angestiegen (1993: 293/100.000 Einwohner; 2004: 338). In den Krankenhäusern wurden in den letzten Jahren etwa vier Prozent Arztstellen geschaffen, dafür aber rund vier Prozent bei der Pflege gestrichen – andere Länder haben weniger Ärzte, aber bessere Gesundheitsergebnisse.

Unser Gesundheitssystem braucht sicherlich Reformen. Diese „Reformen“ müssen aber eine verbesserte Patientenversorgung zum Ziel haben und dürfen sich nicht auf die Sicherung von Einkommen und Machtmonopol der Ärzte beschränken. Die Streikforderungen leisten hierzu keinen Beitrag.

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V.  
Geisbergstrasse 39, 10777 Berlin  
Tel.: 030-2191570 Fax: 030-21915777  
[dbfk@dbfk.de](mailto:dbfk@dbfk.de)  
[www.dbfk.de](http://www.dbfk.de)

*Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) ist die berufliche Interessenvertretung der Krankenpflege, der Altenpflege und der Kinderkrankenpflege. Der DBfK ist deutsches Mitglied im International Council of Nurses (ICN). Mehr Informationen über den Verband und seine internationalen und nationalen Netzwerke können Sie auf der Homepage [www.dbfk.de](http://www.dbfk.de) nachlesen. Falls Sie Interviewwünsche haben oder noch mehr Informationen benötigen, wenden Sie sich bitte per E-Mail an [presse@dbfk.de](mailto:presse@dbfk.de) oder rufen Sie uns unter 030-219157-0 an.*